

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

SPD-Desaster in Hessen. Und was kommt am 27. September?

WER SIND DIE VERANTWORTLICHEN?

Niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte des Landes Hessen, das schlechteste Ergebnis für die SPD, eines der schlechtesten Ergebnisse für die CDU.

Das ist die vernichtende Absage der WählerInnen an die Parteien und Politik der Großen Koalition, die in Hessen von Roland Koch konsequent umgesetzt wurde, während die Erfüllung des Wählerauftrags für eine SPD-Regierung im Bruch mit der Agenda-Politik der Großen Koalition von den Führungsvertretern der Bundes-SPD torpediert wurde.

Wer also ist verantwortlich für das Desaster der SPD?

Vor einem Jahr, nach den Hessenwahlen am 27. Januar 2008, konnte Andrea Ypsilanti die Bilanz ziehen: „Die Sozialdemokratie ist wieder da!“

Dafür ist Andrea Ypsilanti verantwortlich!

Der Parteivorsitzende Kurt Beck hatte für seine Kurskorrektur die überwältigende Mehrheit des Hamburger SPD-Parteitags gegen Müntefering, Steinmeier und Steinbrück gewonnen. Von Beck erhielt Andrea Ypsilanti für ihre Absage an die Agenda-Politik und für die Erfüllung des Wählerauftrags zur Bildung einer SPD-Regierung vorsichtige Unterstützung. Darin mussten die Drei eine tödliche Gefahr für ihre Politik in der Großen Koalition sehen.

Um die SPD weiterhin unter die strikte Fortsetzung der Agenda-Politik in der Großen Koalition zu zwingen, wurde Kurt Beck in einer putschartigen Überumpelung als SPD-Vorsitzender gestürzt.

Von zentralem politischem Gewicht ist die Entscheidung der neuen „engeren Parteiführung“ zur Entfesselung einer Kampagne gegen Andrea Ypsilanti und die hessische SPD. Dafür benutzten diese Gleichen die „Linke“ als Knüppel, die sich heute hinstellen und der SPD in allen

Ländern die Zusammenarbeit mit der „Linken“ freistellen.

Die Dreier-Führung trägt die volle politische Verantwortung für das jetzige Desaster der SPD.

Unter entscheidender politischer Mitverantwortung der „putschistischen Parteiführung“ wurde von der Großen Koalition das 500-Mrd.-„Rettungspaket“ für die Bankiers und Spekulanten durch den Bundestag und Bundesrat gepeitscht.

Nach schon umfangreichen erneuten Steuererleichterungen für Unternehmer und Kapitaleigner Anfang 2008 folgten das erste und zweite Konjunkturpaket – neben wenigen Almosen für die verarmte Bevölkerung und die ruinierte öffentliche und soziale Infrastruktur –, die den Großunternehmern weitere Steuerentlastungen bringen, sowie eine zusätzliche Bereicherung zum Beispiel mit Milliarden-Geschenken direkt aus den Sozialkassen der ArbeitnehmerInnen. Die gesamte Finanzierung des 50-Milliarden-Konjunkturpakets geschieht durch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die insgesamt von der Bevölkerung mit drastischen Einschnitten bei den sozialen Leistungen bezahlt werden muss.

Gleichzeitig sollen die Gewerkschaften und Betriebsräte erpresst werden, Lohnkürzungen und Arbeitsplatzabbau im Namen des Beitrags der ArbeitnehmerInnen zur „Krisenbekämpfung“ zu organisieren.

Diese noch schlimmere Fortsetzung der Agenda 2010-Politik durch die „engerer Parteiführung“ in der Großen Koalition, die Steinmeier als „ein Bündnis der Vernunft“ lobt, und in der sich, so Müntefering, eine „sozialdemokratische Linie der Vernunft“ durchgesetzt hat, musste auch noch die letzten SPD-WählerInnen in Hessen verjagen.

Diese „engerer Parteiführung“ hat dann auch dafür Sorge getragen, dass mit dem

von ihnen zu verantwortenden Verschwinden der SPD-Mehrheit auch Andrea Ypsilanti gekippt wird. „Für die Stabilisierung der hessischen SPD wird es erforderlich sein, dass diejenigen, die für die Entwicklung dieses Jahres verantwortlich (!) sind, die diesbezüglichen Funktionen in Partei und Fraktion niederlegen“, forderte Steinbrück den Rücktritt von Andrea Ypsilanti ein, noch bevor die Wahllokale geschlossen hatten.

Erst Beck, dann Andrea Ypsilanti, sind das nicht die Schläge, die für die nötige „Disziplinierung“ der gesamten Parteimitgliedschaft sorgen sollen? Ist das nicht eine Warnung an alle, die wie die 60 verantwortlichen SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen sich in ihrem Aufruf an alle Parteimitglieder für die Fortsetzung der von Beck eingeleiteten Kurskorrektur eingesetzt haben, um mit der Agenda-Politik der Großen Koalition Schluss zu machen? Umso weniger ist zu verstehen, dass weder Andrea Ypsilanti noch die 60 um Ottmar Schreiner, Hilde Matthies, noch Klaus Barthel auf dem Berliner Parteitag am 18. Oktober 2008 ihre Stimme gegen die Festsetzung der Drei an der Spitze der SPD erhoben haben, noch gegen die Verschleuderung der 500 Milliarden an Bankiers und Spekulanten

Müntefering warnt nach der Niederlage in Hessen vor einem Siegeszug einer CDU/FDP-Regierung auf Bundesebene. Können SozialdemokratInnen das anders als eine alarmierende Warnung vor Müntefering und der engeren Parteiführung selbst verstehen, die dem Fortleben des Ministerpräsidenten Koch in einer Regierung der bürgerlichen Parteien den Weg bereitet haben? Und die zu allem entschlossen sind, im Rahmen der Großen Koalition die erdrückenden Kosten der sich vertiefenden Weltwirtschaftskrise auf die Bevölkerung abzuwälzen – und die

(Forts. auf S. 2 oben)

SPD-Desaster in Hessen (Forts. v. S. 1)

SPD einem noch schlimmeren Desaster in den Bundestagswahlen am 27. September auszuliefern.

Sozialdemokratische GenossInnen und GewerkschafterInnen der »Hessischen ArbeitnehmerInnen-Initiative« haben beschlossen, sich in einem Alarmaufruf an die SPD-Mitglieder zu wenden:

»Können wir es akzeptieren, dass unter dieser SPD-„Putsch-Führung“ eine Politik fortgesetzt wird, die die Bevölkerung, die ArbeitnehmerInnen und Jugend immer neuen heftigeren Krisenschlägen ausliefert; dass sie das Land in die soziale Kata-

strophe treiben und die SPD in immer neue Niederlagen und in die Selbstzerstörung führen?

Muss nicht unsere Antwort an Steinbrück lauten, dass tatsächlich diejenigen, die wirklich „für die Entwicklung dieses Jahres verantwortlich sind, die diesbezüglichen Funktionen in Partei und Fraktion niederlegen?“ Muss nicht sofort alles getan werden, müssen wir nicht als SozialdemokratInnen alle Kräfte sammeln, um die Unterwerfung der SPD unter die verhängnisvolle Politik der Großen Koalition zu beenden und die SPD von den dafür Verantwortlichen zu befreien? - Wir

sagen, so kann es nicht weiter gehen!

In diesem Sinne nehmen wir den Vorschlag der Redaktion der »Sozialen Politik & Demokratie« auf, zu einer bundesweiten Konferenz einzuladen, und schlagen unsererseits vor, dass dort diese Fragen diskutiert werden sollten.

Wir fordern alle SozialdemokratInnen auf, mit allen ihren Kräften beizutragen zu einer vereinten Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen und Jugend durch den DGB und die DGB-Gewerkschaften für ein wirkliches Sofortprogramm zum Schutz der Bevölkerung und der Arbeitsplätze vor der Krise.« - CARLA BOULBOULLÉ

Erwartungen an die Europäische Arbeitnehmerkonferenz am 7.-8. 2. 09

Dirk Weiß (Betriebsrat, IG BCE in der Bergbauzulieferindustrie, SPD-Mitglied):

Natürlich brauchen wir die Intensivierung unserer Zusammenarbeit in Europa auf unabhängiger Basis. Angesichts des massiven Drucks, den die EU jetzt gegenüber der irischen Bevölkerung aufbaut, die gezwungen werden soll, von ihrem Nein zum Vertrag von Lissabon abzurücken, müssen wir europaweit die Solidarität mit den Iren festigen und ihr Nein zum Vertrag mit ihnen gemeinsam verteidigen.

Ich wohne in Bochum. Die Situation bei Opel ist bekannt: Anfang Dezember erklärte der Betriebsratsvorsitzende von Opel-Bochum: „Im Gespräch sind entweder der Wegfall der Nachtschicht in Bochum, 70 Tage Kurzarbeit im kommenden Jahr, oder

eine Reduktion der Wochenarbeitszeit von 35 auf 30 Stunden ohne Lohnausgleich.“ Während der Wegfall der Nachtschicht sofort zum Stellenabbau führe, würden Kurzarbeit und Reduktion der Wochenarbeitszeit Lohnneinbußen von 15% bedeuten. Lohnabbau und -verzicht, Stellenabbau und v.a. das Wort 'Restrukturierung' führen alle im Munde. Sie sind auch an die 17,4 Mrd. US\$, die die Bush-Regierung als Notkredit an GM gegeben hat, geknüpft. Die ersten, die von dieser Weltwirtschaftskrise betroffen sind, sind die dreiviertel Million Leiharbeiter, die in Deutschland die Stammebelegschaften ersetzt haben. Bereits 100.000 sind entlassen worden. Die Stammebelegschaften werden in die Kurzarbeit geschickt. Immer drängender steht die Verteidigung der Produktion auf der Tagesordnung. Die Forderungen nach Verstaatlichung der Produktion werden lauter.

Am 29. 12. 08 hat der ver.di-Bundesvorstand seine Forderung nach einem tariflichen Kündigungsverzicht durch die Banken erneuert. Die Bundesregierung müsse gesetzliche Regelungen zum Kündigungsverbot für die 250.000 Bankangestellten erlassen.

Ich meine, dass dies die Forderung von Gewerkschaften und SPD für alle Branchen sein muss. Von der Konferenz im Februar sollte deshalb eine entsprechende Kampagne für das gesetzliche Verbot jeder Kündigung ausgehen. Produktion und Arbeitsplätze müssen unter staatlichen Schutz gestellt und Entlassungen verboten werden.

Aus dem Inhalt

HESSENWAHL: Politik der engeren SPD-Führung treibt die Partei in ein Desaster

Beitrag zur Europäischen Arbeitnehmerkonferenz: Für eine europaweite Kampagne für das Verbot von Entlassungen und Lohnsenkungen

GAZA: „Waffenstillstand“ ist nicht der Frieden!

Europäische Arbeitnehmerkonferenz für die Aufhebung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs – Paris, 7.-8. Februar 2009

123 Delegierte aus 20 Ländern haben sich bisher angemeldet. **Informationen zur Vorbereitung und Anmeldung können über die Anschrift der Redaktion bezogen werden. Der Konferenzbeitrag beträgt 50 Euro.**

IMPRESSUM: Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbände (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der „Europäischen Arbeitnehmerverbände“ veröffentlicht.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 29. 1. 2009

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale_Politik_und_Demokratie@t-online.de
Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an

diese Adresse schicken. /
www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:
Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernecke, Axel Zutz

HerausgeberInnen:
Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse

Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:
Axel Bachner

Thüringen:
Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:
Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg: Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro
Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € (bzw. 2,50 € Monatsrate) bezogen werden.
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin